

Pressemitteilung

DKG zur Finanzkrise der Gesetzlichen Krankenversicherung

Der Bund muss endlich seine Schulden gegenüber der GKV begleichen

Berlin, 23. Mai 2025 – Zur aktuellen Debatte um ein Ausgabenmoratorium angesichts der schwierigen Finanzlage erklärt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Dr. Gerald Gaß:

„Der Bund muss endlich seine Schulden gegenüber der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) begleichen. Es kann nicht sein, dass die neue Bundesregierung da weitermacht, wo die alte aufgehört hat und zulasten der Beitragszahler in der GKV die Beiträge der Bürgergeldbezieher nicht ausreichend finanziert. Der Bund hat die Regeln für das Bürgergeld aufgestellt, und deshalb muss er auch die Kosten dafür aus dem Bundeshaushalt begleichen. Die daraus resultierenden Schulden des Bundes gegenüber der GKV summieren sich auf mittlerweile rund 40 Milliarden Euro aus den vergangenen vier Jahren. Jedes Jahr kommen weitere zehn Milliarden dazu. Bevor dieses offensichtliche Versäumnis nicht gelöst ist, sollte niemand aus der Bundesregierung Ermahnungen zu Einsparungen in Richtung der Gesetzlichen Krankenversicherung schicken.

Die Beitragszahler bezahlen für die ihnen zustehenden Leistungen einen erheblichen Betrag. An diesen Beiträgen der Versicherten darf sich der Bund nicht weiter selbst bedienen. Schon im Koalitionsvertrag der gescheiterten Ampel-Regierung war vereinbart, dass der Bund angemessene Versicherungsbeiträge für die Bürgergeldbezieher an die GKV überweist. Das ist bis heute nicht geschehen. Derartige Einsparungen beim Steuerhaushalt werden allerdings die Volkswirtschaft teuer zu stehen kommen, wenn deshalb die Krankenversicherungsbeiträge immer weiter steigen müssen und die nationalen Arbeitskosten belasten.

Selbstverständlich sind alle Verantwortlichen, auch die Leistungserbringer im Gesundheitswesen, aufgefordert, Effizienzreserven zu heben, um weitere Kostenanstiege und Einschränkungen bei den Gesundheitsleistungen für die Versicherten zu vermeiden. Die Versichertengemeinschaft muss sich darauf

PRESSESTELLE

Joachim **Odenbach**
Telefon +49 30 39801-1020

Holger **Mages**
Telefon +49 30 39801-1022

Dr. Jörn **Wegner**
Telefon +49 30 39801-1023

Rike **Stähler**
Telefon +49 30 39801-1024

Maxi **Schilonka**
Telefon +49 30 39801-1026

SEKRETARIAT/SACHBEARBEITUNG
Banu **Öztürk**
Telefon +49 30 39801-1025
Sina **Hoffmann**
Telefon +49 30 39801-1021

E-Mail pressestelle@dkgev.de

Wegelystraße 3
10623 Berlin

www.dkgev.de
www.facebook.com/dkgev
www.dkgev.de/rss2.php
www.youtube.com/user/dkgev

verlassen können, dass wir alles dafür tun, um Leistungskürzungen trotz gestiegener Kosten zu vermeiden.

Dazu sind wir als Verantwortliche in den Krankenhäusern auch bereit. Dringend notwendig sind deshalb konsequente Deregulierung und Entbürokratisierung, damit wir wieder in die Lage versetzt werden, eigenverantwortliche Entscheidungen für effiziente Prozesse und ressourcenschonenden Personaleinsatz zu treffen. Bisher knebeln uns hier kleinteilige Personal- und Prozessvorgaben mit gleichzeitiger Sanktionsandrohung bei Nichterfüllung. Diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen und die Verantwortung für den Personaleinsatz wieder vor Ort in den Krankenhäusern ausüben.

Wir hoffen, dass die neue Bundesgesundheitsministerin den von ihrem Vorgänger eingeschlagenen Weg der Überregulierung korrigiert und auf Vertrauen, Selbstverantwortung und Ergebnisqualität setzt. Dann können auch wir unseren Beitrag leisten und in unserer Verantwortung für eine qualitätsvolle Medizin und Pflege den Aufwand und die dafür anfallenden Kosten reduzieren, ohne dass die Behandlungsqualität für die Patientinnen und Patienten sinkt.

Dieser Verantwortung sind die Krankenhäuser auch in den zurückliegenden Jahren immer wieder nachgekommen. So ist der Anteil der GKV-Ausgaben für Krankenhausbehandlungen von 35,6 Prozent im Jahr 2010 auf nunmehr 32,6 Prozent im Jahr 2024 gesunken. Die Krankenhäuser sind demnach mitnichten der Kostentreiber im System, sondern haben trotz medizinischen Fortschritts und älter werdender Bevölkerung ihren Beitrag zur Stabilisierung des Systems geleistet.“

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Deutschland. Sie vertritt die Interessen der 28 Mitglieder – 16 Landesverbände und 12 Spitzenverbände – in der Bundes- und EU-Politik und nimmt ihr gesetzlich übertragene Aufgaben wahr. Die 1.874 Krankenhäuser versorgen jährlich 17 Millionen stationäre Patienten und rund 23 Millionen ambulante Behandlungsfälle mit 1,4 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2023). Bei 141 Milliarden Euro Jahresumsatz in deutschen Krankenhäusern handelt die DKG für einen maßgeblichen Wirtschaftsfaktor im Gesundheitswesen.